

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Mees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger), für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Nr. 132

Mittwoch den 10. Juni 1931

89. Jahrgang

Möglichkeiten eines Moratoriums

London, 8. Juni. Ich erfahre soeben aus bester englischer Quelle, daß bei den Besprechungen in Chequers die Frage eines dreijährigen und nicht etwa zweijährigen Moratoriums für Deutschland eingehend besprochen worden ist. Es wurde auch auf die Rückwirkungen hingewiesen, die sich ein Moratorium für das Budget Englands haben würde, dessen Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten keine Schutztafel für einen derartigen Fall enthält. Infolgedessen gelangte man zu der Auffassung, daß der Schlüssel zur Lösung der Probleme in der Hand Amerikas zu suchen ist. Besonders auf englischer Seite dürfte man es als wünschenswert bezeichnen, die Einstellung der amerikanischen Bundesregierung gelegentlich des bevorstehenden Besuchs des Staatssekretärs Stimson und des Schatzsekretärs Mellon in Europa zu sondieren.

Die außergewöhnliche Schwierigkeit dieser Situation wird überall richtig gesehen. Es wurde angedeutet, daß das amerikanische Budget rund eine Milliarde Dollar bei einem Moratorium von drei Jahren verkleinert würde und daß das Hoover-Kabinett im Hinblick auf seine ohnehin schon großen Staatsprobleme einen solchen Zufall als „sehr unwillkommen“ empfinden würde. Deshalb wurden praktische Möglichkeiten ins Auge gefaßt, die es der amerikanischen Regierung gestatten würden, ihr Defizit im Falle eines dreijährigen Moratoriums zu verringern.

Man unterteilt sich dabei, wie weiter aus der gleichen Quelle bekannt wird, über die folgenden zwei Wege:

1. Die Amortisation der inneren Schuld Amerikas, die heute in ungewöhnlichem Tempo vor sich geht, kann im Verhältnis zu dem durch ein deutsches Moratorium verursachten Anstieg verlangsamt werden.
2. Amerika bringt eine innere Anleihe von 1 Milliarde Dollar auf den Markt. Die Zahlung der Zinsen dieser Anleihe wird durch die europäischen Schuldnermächte Amerikas und durch das Deutsche Reich gemeinsam garantiert. Vor Ablauf oder am Ende der dreijährigen Periode würde

man in eine Überwälzung der Reparationen im Lichte der durch die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse verminderten deutschen Zahlungsfähigkeit eintreten können.

Schwenkung Amerikas in der Schulden- und Reparationspolitik?

Washington, 9. Juni. In Befolgung der bereits gemeldeten verschiedenen Anzeichen der letzten Tage, daß sich eine Reorientierung der amerikanischen Außenpolitik bezüglich der internationalen Schuldenfrage und der Liquidierung des Weltkrieges vorzubereiten scheint, glauben heute die außenpolitischen Korrespondenten Eulahan von der „New York Times“ und Pearson von der „Baltimore Sun“, daß hier der Entwurf eines Planes ausgearbeitet werde, durch den die Weltdepression gemildert werden könnte, und zwar offenbar unter gleichzeitiger Detablierung von Kämpfen, Reparationen und alliierten Schulden. Pearson glaubt, daß eine antilige Besichtigung vorläufig nicht zu erwarten sei, da Präsident Hoover noch keine festen Entschlüsse gefaßt habe, sondern die Ergebnisse von Stimson's Europareise und die öffentliche Meinung abwarten wolle. Hoover glaube, daß die deutsche Regierung keinen formellen Schritt tun werde, solange nicht die Vereinigten Staaten auf die oben erwähnte Umstellung und Verknüpfung der drei Punkte hinreichend vorbereitet seien, die hier im Bildungsprozeß begriffene internationale Hilfsaktion erheblich erschweren, wenn nicht föhren würde.

Anzutreffende Ankündigungen

Berlin, 9. Juni. Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transferrmoratoriums treffen werde, wird von zuverlässiger Stelle festgestellt, daß diese Ankündigungen jeglicher Begründung entbehren. Die Reichsregierung hat keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie wird sich auch durch derartige Formulierungen nicht zu vorläufigen Handlungen bringen lassen. Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß Informationen solcher Art geeignet sind, die Reichsregierung in ihrer Handlungsfreiheit zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.

Aus dem Reichstag

Berlin, 9. Juni. Nach längerer, teilweise sehr lebhafter Aussprache faßte die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei folgende Entschlüsse:

Die Fraktion hält wesentliche Teile der Notverordnung für verfehlt und mit ihren grundsätzlichen Auffassungen nicht vereinbar. Wegen der sozialpolitisch und wirtschaftlich notwendigen Änderungen und Ergänzungen wird die Fraktion mit dem Reichskanzler verhandeln. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen macht die Fraktion ihre endgültige Entscheidung abhängig.

Rückkehr der Nationalsozialisten in den Reichstag?

Berlin, 9. Juni. Wie der „Köln Adler“, das nationalsozialistische Organ für die Mark Brandenburg, mitteilt, werden die Nationalsozialisten für den Fall des Reichstagszusammenbruchs sich zunächst wieder an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen.

Deutscher Beamtenbund gegen Notverordnung

Berlin, 9. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.B. hört, hat sich die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes, der Organisation, die mehr als eine Million deutscher Beamten umfaßt, am Dienstag unter protestierendem Hinweis gegen die neue Notverordnung für die baldige Einkerzung des Reichstags ausgesprochen.

Der Vertreter der Behördenangestellten beim Reichsfinanzminister

Berlin, 9. Juni. In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen heute Vertreter der Organisationen der Behördenangestellten ihre Bedenken gegen die Auswirkungen der zweiten Gehaltskürzungsverordnung auf diese Angestellten vor. Sie forderten eine Abänderung dahin, daß auch die Behördenangestellten statt der Gehaltskürzung der Arbeitslosen unterworfen werden sollten, falls eine neue Belastung dieser Angestellten auf keine Weise vermieden werden könne. Gleichzeitig wurde von den Organisationen die alsbaldige Übertragung der öffentlichen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen auf 48 Stunden als unumgänglich notwendig bezeichnet.

4 Millionen Arbeitslose

Berlin, 9. Juni. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. Mai 1931 bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsstandes in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen; am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtage — nach einem Rückgang um 134 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Arbeitsfürsorge hat sich weiter und zwar um etwa 10 000 auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufstellung der Gesamtzahl der Arbeitslosen

Ueber die Aufstellung der Gesamtzahl der Arbeitslosen betrifft der Art der gewählten Unterzählung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor. In diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterzählt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp 4 aus der Arbeitsfürsorge, etwas mehr als 1/4 aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge. Im einzelnen ist u. a. am Arbeitsmarkt des Steinbohlenbergbaues ein Stillstand der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Im Baugewerbe hat sich die Saisonbelegung in dem erwarteten schwachen Umfange weiter entwickelt.

Heiß gegen Reichsreform

München, 9. Juni. Auf der Tagung des Arbeitsausschusses „Reich und Heimat“ ergriff am Montagabend der bayerische Ministerpräsident Dr. Heiß das Wort. Er warnte die möglichen Zustände, neuerdings die Fragen der Reichsreform aufzurollen. Der Kampf werde geführt um die Beherrschung der gesamten deutschen Finanz- und Wirtschaftskräfte von einer Zentrale aus. Wir hätten bereits unsere Arbeitsorganisation zentralistisch aufgebaut, und es gebe nichts verwirrteres und demoralisierendes als diese Art der Organisation. Wir hätten unser Finanzwesen verstaatlicht und die Wirkung sei, daß die Verarmung des ganzen deutschen Volkes unter dieser Vereinheitlichung größer sei als vorher. So teuer seien dem deutschen Volk die Steuern noch nicht aus der Tasche geholt worden, als in der Gegenwart. Der Zentralismus sei in jeder Form zu verwerfen. Im föderalistischen Staat allein bestehe die Möglichkeit, daß alle Kräfte des Volkes zu einer Einheit zusammenschmelzen in ihrer Wirkung. Wer heute die Selbständigkeit der Länder antaste, sei ein Umstürzler der gegenwärtigen Verfassung. Es bestehe der Verdacht, daß in den letzten Kabinettsitzungen erwogen worden sei, ob man nicht im Rahmen der Notverordnung die Reichsreform in Angriff nehmen sollte. Es habe aber doch keiner den Mut gefunden, die Reichsreform durch eine Notverordnung einzuleiten zu wollen. Der Föderalismus werde liegen, weil das deutsche Volk an den großen Ideen eines Freiheits vom Stein nicht vorübergehen könne. Es gebe um Heimat, um Vaterland, um Freiheit und Recht.

Die Todesstrafe in der Schweiz abgeschafft

Zürich, 9. Juni. Bei der Beratung des ersten einseitigen schweizerischen Strafgesetzes hat heute der Ständerat, die erste Kammer des Parlaments, mit 21 gegen 14 katholisch-konfessionale Stimmen die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Der schweizerische Justizminister, Bundesrat Dr. Dähler, erklärte dabei, daß er ein Gesetz wolle, das einen kulturellen Fortschritt bringe, und daß dies nur ein Gesetz ohne Todesstrafe sein könne. Vorher schon hatte der Nationalrat, die zweite Kammer, mit großer Mehrheit die Todesstrafe abgelehnt.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Bezahlung oder deren Raum 25 Rpfr., Wochenzeitung 30 Rpfr., Anzeigenpreis 100 Rpfr. Sonntag, Offerte und Anzeigenpreis 10 Rpfr. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Vertriebsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile, Aufträge und keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Revisionsdämmerung?

Die Enttäuschung und das Entsetzen des deutschen Volkes sind doppelt groß: Zuerst wurde ihm von der Regierung die Selbstmordverordnung unterbreitet, wie man die grausame Notverordnung lieber nennen könnte, dann kam das Schweigen von Chequers, das nichts Gutes zu verheißen scheint. Wir alle haben auf die wahrscheinlichen Maßnahmen der Notverordnung hin auf einen greifbaren Erfolg in Chequers gehofft. Statt dessen scheint Deutschland nicht einmal die Zulage einer Reparationskonferenz erhalten zu haben. Wo lag nun der Fehler der Deutschen in Chequers?

Der Fehler wurde vor einem Jahr begangen, als man im Haag den Youngplan erhielt. Damals gingen die Alliierten davon aus, daß Deutschland eben die Schulden an Amerika zahlen hätte, die auf den Alliierten vom Kriege her noch lasteten. Das hat aber mit dem wahren Sinne der Reparationen nichts und noch weniger mit der deutschen Leistungsfähigkeit zu tun, die doch im Haag festgestellt werden sollte. Deutschland hat ohne nennenswerten Protest diese Verknüpfung seiner Tributlast mit den amerikanischen Schulden der Alliierten geduldet. In Frankreich und England besteht nun seitdem die unabwehrbare Ansicht, daß wir ihre amerikanischen Schulden unbedingt zahlen müßten und daß eine Revision nur dann denkbar ist, wenn Amerika auf einen Teil seiner Forderungen verzichtet. Der Fehler vom Haag rächt sich nun bitterlich. So hat auch MacDonald in Chequers betont, daß England dem Revisionsgedanken freundlich gegenüberstehe, wenn seine eigenen aus dem Kriege herrührenden Verpflichtungen dadurch nicht gesteigert würden.

Außerdem wird öffentlich immer wieder übersehen, daß man im Haag die alliierten Kriegsschulden zusammenschätzte und dazu noch 50 Prozent darauffschlag. Das ergab dann die Youngzahlungen Deutschlands. Wir zahlen also freis mehr, als wir nach der ungerichtigsten Glaubwürdigkeit zu leisten hätten.

Amerika ist bei aller Revisionsdämmerung von einer Deckschichtung der europäischen Schulden nicht begeistert. Es hat bekanntlich selbst 7 Millionen Arbeitslose. Sein Hausstand konnte nur mit Hilfe einer inneren Anleihe ausgeglichen werden. Schließlich befürchtet Amerika, daß Europa seine Kämpfe noch mehr ausdehnt und die Reparationen aus dem Schuldenerlöse zur Stärkung seiner Kriegsfähigkeit verwendet. Gerade Amerika hat aber größtes Interesse, daß Europa von der Gefahr des Krieges in den nächsten Jahren verschont bleibt; denn es hat Milliarden von Kapital in Europa angelegt. Diese Summen wären bei einem neuen Kriegsausbruch wahrscheinlich verloren.

Der Schlüssel liegt also aufschneidend bei Frankreich. In Paris ist man aber hartnäckig geworden. Man will die Bruttolast der Notverordnung nicht anerkennen. Man will nicht ablassen. Der amerikanische Senator Borah aber meinte, daß Amerika sich nicht entschließen, die Schulden herabzusetzen, wenn Frankreich weiter rüste. Es sei wohlhabend genug, seine amerikanischen Schulden zu tilgen, auch wenn der Strom der Reparationen nicht mehr so reichlich fließe.

Wenn MacDonald von einem Veto Frankreichs überzeugt gewesen wäre, hätte er sicherlich in seinem amt. Bericht über Chequers nicht so zuversichtlich von der internationalen Zusammenarbeit gesprochen. Sollte aber Frankreich seinen alten Standpunkt nicht aufgeben, dann ist die Stunde nicht mehr fern, in der Deutschland seine Reparationen einzahle einstellt. Da Frankreich seine Ruhebelegung oder Wehrrüstung wie früherzeit im Jahre 1928 wieder riskiert, das muß abgewartet werden.

Ludins Begnadigung

Berlin, 9. Juni. Die Begnadigung des früheren Reichswehrleitnants Ludin hatte in Berliner Blättern zu der Frage veranlaßt, warum seine Mitverurteilten, Ederinger und Wendt, ihre Strafe weiter abüben müßten, und ob diese unterschiedliche Behandlung darauf zurückzuführen sei, daß Ederinger Kommunist, Wendt Stennes-Angehöriger sei, während der nicht in dem von Kommunisten verurteilten Gollnow, sondern in Kollat untergebracht Ludin-Ditler tren gelassen sei. Der wahre Grund dafür, daß nur einer der drei Reichswehrverurteilten entlassen werden ist, liegt, wie die „D.M.J.“ demgegenüber auseinandersetzt, sehr einfach. Ludin als einziger hatte nämlich ein Gnadengesuch eingereicht. Außerdem wurde ihm die gute Führung während der Haft bescheinigt. Ederinger und Wendt dagegen haben sich verschiedene Unlauterkeitsverurteilungen zuschulden kommen lassen und überdies darauf verzichtet, ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten zu richten.

2 Milliarden Defizit des französischen Budgets

Paris, 9. Juni. Die Kammer trat heute nachmittag in die Beratung der Nachtragshaushalte für das Rechnungsjahr 1930/31 ein. Aus den Ausführungen des Generaldirektors des Lamoureux ergibt sich, daß das Rechnungsjahr, obwohl der Budgetvoranschlag einen einmaligen Ueberschuß von über einer Milliarde vorgegeben hatte, mit einem Schlußdefizit von 2062 Millionen abgeschlossen hat. Niemals erklärte Lamoureux, sei ein so gewaltiges Defizit zu verzeichnen gewesen. Hieran seien zum Teil unvorhergesehene Ausgaben, zum Teil Verschwendung und falsche Berechnung schuld. Zum Beispiel hätten die Börsenoperationen nur 175 Millionen ergeben, statt der vorgegebenen 540 Millionen, und die Umfahneurei sei mit 483 Millionen unter dem Voranschlag zurückgeblieben.



Württembergischer Landtag

Stuttgart, 9. Juni. Der Landtag trat heute nachmittag wieder zusammen und befaßte sich mit Auswahlanträgen zu verschiedenen Gegenständen und Eingaben. In einem Antrag Bauer (W.), der abgelehnt wurde, erklärte Staatspräsident Dr. Holz, daß das Aufwertungsverfahren bei den Sparanleihen abgeschlossen, die Aufwertung in Höhe von 12½-25 Prozent erfolgt und dafür 6,6 Millionen Mark ausgegeben worden seien. Würde der Aufwertungsmindestsatz von 12½ auf 25 Prozent erhöht, so würde sich daraus für die Sparanleihen eine Aufwertungsstamme von 2 Millionen Mark ergeben. Alle übrigen Auswahlanträge wurden debattelos angenommen. Die Strafverfolgung wurde genehmigt in je einem Fall gegen die Abgeordneten Schneck (Komm.) und Alb. Fischer (Komm.), in zwei Fällen gegen den Abgeordneten Köhler (Komm.). Morgen führt der Landtag zur Schlichtung des Rechtsanwalts nach Weidbrunn und Weidberg und am Donnerstag beginnt die dritte Lesung des Etats in Verbindung mit den Anträgen betr. Aufhebung der neuen Korberordnung und des Versammlungsverbotens in Württemberg.

Die Einweihung der neuen Heidelberger Universität

Heidelberg, 9. Juni. Der Neubau der Heidelberger Carolus-Wilhelms-Universität wurde heute feierlich eingeweiht. Unter den Anwesenden befanden sich der ehemalige Reichspräsident Dr. Schürman, der Reichsinnenminister Dr. Wirth, der Kultusminister Dr. Kemmerich, der Finanzminister Dr. Schmitt und zahlreiche Vertreter der Behörden und der Wissenschaft.

Bei der Schlüsselübergabe sprach Professor Dr. Gruber über die architektonische Einzelführung des neuen Gebäudes. Der Rektor der Universität, Professor Dr. Reiber, übernahm die Schlüssel in die Obhut des Staates und in das Mandat der Universitätsbehörde mit Worten des Dankes. Der Rektor verkündete, daß der Senat beschlossen habe, dem Erbauer der Universität, Professor Dr. Gruber, die Würde eines Ehrensenators zu verleihen. Dann ergriff der badische Staatspräsident und Innenminister Wittermann das Wort zu einer Ansprache, in deren Verlauf er Dr. Schürman die badische Goldene Staatsdiplafette verlieh. Der badische Staatspräsident und Innenminister Wittermann sprach mit Stolz davon, daß das Land Baden die älteste deutsche Hochschule überdauere. Heidelberg sei seit Jahrzehnten ein Sorgenkind gewesen, besonders da die Bevölkerung den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entspräche. Da sei unerwartet Hilfe aus den Vereinigten Staaten unter Führung von Dr. Schürman, den er auch herzlich begrüßt, gekommen. Dadurch sei es möglich geworden, nach kurzer Bauzeit den Neubau der Universität feierlich einzuwählen. Der Staatspräsident sprach dem Professor Dr. Gruber Dank und dem dankenswerten Architekten Gutmann-Karlsruhe seinen besonderen Dank aus. Abschließend dankte der Staatspräsident im Namen der badischen Regierung dem ehemaligen Reichspräsidenten Dr. Schürman und allen Anwesenden. Stets werde die neue Universität als Schürman-Bau erkennbar sein. Als Dankeszeichen verleihe er Dr. Schürman die bisher zweimal verliehene Goldene Staatsdiplafette für besonders große Verdienste.

Reichspräsident a. D. Dr. Schürman ging in seiner Dankrede auf die Schaffung der neuen Universität ein. Die letzten 100.000 Dollar der eine halbe Million Dollar betragenden Stiftungssumme sei von drei hochberzogenen amerikanischen Bürgern gegeben worden, die bis jetzt die Nennung ihrer Namen verboten hätten. Heute könne er bekanntgeben, daß es sich um drei Amerikaner deutscher Herkunft, nämlich um Ferdinand Khan, Henry Jaussen und Gaston Oberländer, handle. Herr Oberländer, der der heutigen Feier wohne, habe zudem noch einen Fonds von einer Million Dollar gestiftet, um führende Amerikaner aus allen Kreisen ins Land zu holen, ein Jahr oder länger nach Deutschland zu kommen. Es müsse erwähnt werden, daß der Stifter bestimmt habe, daß diese Summe innerhalb einer einzigen Generation ausgegeben werden solle. Oberländer sei der Ansicht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen nach Ablauf dieser Frist auf einer natürlichen Basis beruhen werden und daß dann keine künstliche Hilfe mehr erforderlich sei. Zum Schluß betonte Dr. Schürman, daß auch er für seine Unterstützung der Universität Heidelberg eine große Dankeschuld zolle, die er mit dem vollendeten Werk abzutragen sich bemüht habe.

Kultusminister Grimme über den Vertrag mit den evang. Landeskirchen in Preußen

Der preussische Kultusminister leitete im Landtag die Beratung des Vertrages mit den evangelischen Landeskirchen mit einer längeren Rede ein, in der er u. a. ansführte:

Zwei Motive hätten die preussische Staatsregierung zur Vorlegung des Vertrages bestimmt, einmal nach dem Abschluß des katholischen Kirchenvertrages die Rückkehr auf die Parität, sodann die Tatsache, daß das Jahr 1918 auch in dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche eine grundlegende Veränderung mit sich gebracht habe. Die Aufgabe des Landtages sei es, zu prüfen, ob der Vertrag die staatlichen Interessen zweideutig führe, insbesondere ob er den staatlichen Doppelrechten ausreißend gerecht werde. Die vertragliche Sicherung der Staatshoheit, die politische Klausel sei am stärksten umstritten gewesen. Diese Klausel lege der Freiheit der Kirchen eine Grenze, die zwischen der Freiheit der Kirche und der Freiheit des Staates zu beachten sei. Die politische Klausel bezwecke die Vermeidung eines Zustandes der letzten beiden Jahre, demzufolge eine einseitige Verpfändung des Staates gegenüber den Kirchen vorliege, ohne daß die Kirchen gleichzeitig auch von sich aus genötigt wären, auf die Lebensinteressen des Staates Rücksicht zu nehmen, darum die Verpfändung der Kirchen, daß sie in ihre letzten Reiter niemand beuten, von dem nicht bei der preussischen Staatsregierung festgestellt sei, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen. Die Anerkennung der politischen Klausel durch die Kirchen stelle ein politisches Erfolge dar. Sie sei zu werten als Ausdruck des friedlichen Verantwortungsgefühls gegenüber der in der Verfassung bestimmten staatlichen Lebensform. In diesem Anerkennnis komme auch der Wille der Kirchenbehörden zu einem positiven Verhältnis zum Staat zum Ausdruck, so daß es geeignet sein wird, die Überwindung des Misstrauens der republikanischen Kreise gegenüber der politischen Einstellung der evangelischen Kirchen anzubahnen zu helfen. Es wäre ein nationaler Gewinn, wenn fortan gewisse freilich gebundene Kreise aus der Tatsache, daß sich der Staat von Weimar zu dem Vertragsabschluß bereit finde, die Verpflichtung ableiten würden, diesem Staat in Zukunft nicht mehr zu unterstellen, daß sein Wille zur religiösen Parität Religionsfeindschaft bedeute. Die Rede wurde vielfach durch lärmende Juxare der Kommunisten gestört.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 9. Juni. Der Freitagstag findet im Bezirk Neuenbürg nicht wie sonst im Land am kommenden Sonntag, sondern erst am 19. Juli statt.

(Wetterbericht.) Ueber Großbritannien liegt ein Depressionsgebiet, aber Hochdruck zeigt sich im Nordosten. Für Donnerstag und Freitag ist vielfach besseres, jedoch zu vereinzelten Störungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Wildbad, 9. Juni. Letzten Sonntag konnte der Lieberfranz sein 75jähriges Gründungsjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß fand eine eindrucksvolle Morgenfeier statt. Das Mitglied des Landesorchesters, Heinz Langemann, sprach einen feierlichen Vortrags. Der Vorsitzende, Hauptlehrer Plan, feierte das deutsche Lied und begrüßte u. a. das älteste

Sühne für die Sferlohrner Sprengstoffdiebstähle

Die Sprengstoffdiebstähle in Sferlohn fanden jetzt ihre Sühne vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts. Am 15. September waren bei einem Sammler mehrere Kisten Sprengstoff und über 1700 Sprengstoffstücke gestohlen worden. Die Frau des Nachbeters Franz Andehm konnte den Mord nicht halten und erzählte, daß ihr Mann an dem Diebstahl beteiligt gewesen sei. Andehm wurde verhaftet und gab an, daß er mit dem Gießer Karl Schulte, von dem die Anklage ausgegangen sei, dem Kesselschlosser Paul Ruth und dem Arbeiter Hans Wilhelm an diesem Tage nach dem Wald gegangen sei, um verdeckte Karabiner zu suchen. Dabei sei man in die Nähe des Sprengstofflagers gekommen, das seine Freunde ausgeplündert hätten. Sie seien auch in der Nacht nochmals hingegangen, um weitere Sprengstoffe zu holen. Eine Kiste mit 25 Kilogramm Sprengstoff wurde auch im Felde begraben gefunden. Von den vier jetzt wegen schweren Diebstahls, Vorbereitung zum Diebstahl und Sprengstoffverbrechen Angeklagten, bestritten Schulte und Ruth die Beteiligung, Schulte versuchte durch Parteigenossen aus der R.G.D. einen Alibibeweis zu führen und wollte den Diebstahl den Nationalsozialisten in die Schuhe schieben. Ein Kriminalbeamter ist aber dieser Behauptung nachgegangen und konnte feststellen, daß für sie keinerlei Beweis vorlag. Durch Sachverständigenurteilen wurde festgestellt, daß es sich um einen der gefährlichsten Sprengstoffe handelt, der sich sehr gut zur Verfertigung von Handgranaten geeignet hätte. Der Verbleib des größten Teiles des ausgeplünderten Lagers hat noch nicht ermittelt werden können. Der Reichsanwalt beantragte im Sinne der Anklage für Schulte, der außerdem rückfälliger Dieb ist, vier Jahre Zuchthaus, für Ruth drei, für Wilhelm zwei Jahre Zuchthaus und für Andehm wegen Unterlassung einer Anzeige ein Jahr Gefängnis. Der Senat verurteilte Schulte zu vier Jahren Zuchthaus, Ruth und Wilhelm zu je einem Jahr Zuchthaus und Andehm zu acht Monaten Gefängnis.

...so ist's!
Bohnenkaffee
schmeckt gut. — Aber
Kathreiner
schmeckt auch sehr gut!
Und ist dabei billiger,
viel (!) billiger...

Die kleine Frau Storkow

Roman von Arin Schulz

91

„Wohin beschließt Du, Mütterchen?“ fragte er demütig. Er hatte sie soeben erkannt, es war Maria Jwanowna Storkow, er hatte sie auch im Film gesehen.

„Wirst Du mich nach Petschikow fahren?“

„Ja, Mütterchen! Aber es wird vier Stunden dauern. Nicht vor Abend werden wir dort sein.“

„Was tut es! Fahre mich!“

Sie nahm in dem offenen Wagen Platz und er zog an.

Durch Moskau hindurch ging es, durch die Vorstädte, immer im lichten, hellen Sonnenschein.

Dann kamen sie auf die Landstraße, die wirklich gut im Schutz war, denn es war die Autostraße Moskau-Petersburg und die Sowjetregierung ließ es sich etwas kosten, daß die Verbindung zwischen den zwei Zentren Russlands intakt war.

Flaches Land zur Rechten und Linken.

Die Saat stand hoch. Die Bäume standen im Blütschmuck, denn es war Ende Mai.

Gottlob dachte Maria. Das Feld ist bebaut! Es wird geschafft in meinem Vaterland, nach wie vor düngt das Bauernschweiß den Boden und entzieht ihm Jahr um Jahr Schätze.

Dann aber wechselte das Bild.

Blödsinnig lagen zu beiden Seiten mächtige Brackländerseen.

„Warum ist hier das Land nicht bebaut?“ fragte Maria den Mann am Steuer.

„Weil das Land nicht den Bauern gehört, Maria Jwanowna!“ sagte der Mann am Steuer herb. „Das ist Staatsland. Ein Riesengut des Staates liegt im Osten. Sie sind nicht fertig mit Bestellen geworden, noch nie wurden sie es. Ah... Bauern müßten hier sitzen. Sie würden schweigen, sich nicht Ruhe gönnen, bis der letzte Acker war bestellt!“

Da wurde das Herz Marias traurig.

Und je länger sie durch die unendliche Flachlandschaft fuhr, um so wehmütiger wurde sie gestimmt. Jetzt begann sie zu verstehen, daß in der Seele des russischen Bauern eine tiefe Traurigkeit lag. Er kannte nur die unendliche, einförmige Ebene.

Kein Wechsel war um ihn. Immer und immer war das Land gleich.

Keine Berge, die den Blick einmal emporzogen, keine sanften Hügel, nichts als die unendliche Ebene.

Weiter und weiter ging die Fahrt. Es dünkte Maria, als wenn es eine Fahrt in die Ewigkeit sei.

Durch viele Dörfer fuhr sie, aber über allen lag der Geist der Traurigkeit, der Geist der Dumpfheit.

Sie erkannte es, wenn sie die Menschen hinschleichen sah, den Blick zu Boden gewandt, mit müdem Antlitz.

Wohl blickten sie erstaunt auf, wenn der Wagen an ihnen vorbei raste, aber das war nur ein Augenblick, dann sanken sie wieder zusammen.

Endlich sprach der Mann am Steuer: „Jetzt kommt Petschikow! Wo soll ich Dich hinfahren, Maria Jwanowna?“

Maria entgegnete: „Der Abend will sich neigen. Fahre mich zur Schenke. Ich will bitten, daß man mir ein Nachtquartier gibt. Und auch Du, denn Du sollst mich morgen zurück nach Moskau fahren.“

„Es ist Dein Wille, Mütterchen!“ sagte der Mann.

Petschikow hatte eine stotternde Schenke.

Sie war neu gebaut worden, denn das Kommissariat der Sowjets hatte gleichzeitig seine Räume darin.

Das Erscheinen des Autos erregte in Petschikow Aufsehen. Erst dachte man, daß es ein Regierungskaut sei, man rüttelte den halbetrunknen Kommissar, der grenzlich schliefte.

Aber dann sah man, daß eine Dame im Auto saß. Der Wagen hielt vor der Schenke.

Der uralte Wirt Demer Borosky trat unterwürdig aus dem Hause, ihm folgte seine älteste Tochter, deren Haar auch schon ergraut war und eine Reihe Bauern, die in der Schenkstube gesessen hatten.

Maria stieg aus.

Als sie alle die lichte Erscheinung sahen, da brach es wie ein gewaltiger Schrei aus ihnen.

Fassunglos starrten sie auf die lichte Erscheinung. Der alte Demer sammelte: „Mütterchen... Mütterchen... bist Du wieder zurückgekehrt zu uns Armen von Petschikow.“

Maria fühlte, daß man sie für ihre tote Mutter wußt hielt.

Sie trat zu dem Knieenden und sagte: „Stehe auf, mein Vater! Meine Mutter ist tot... mein Vater ist tot! Aber mich trieb es wieder nach der Heimat! Ich bin Maria Turati... die Tochter der Fürstin, die... einst auf Schloß Volkama lebte.“

(Fortsetzung folgt)

obgenannten Ministerialabteilung vorlegen, worauf dieser seine Entscheidung über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die aus dem Gemeinderat ausgesetzten Stadträte und den Stadtvorstand treffen wird. Was die aus dem Gemeinderat ausgesetzten Stadträte und den Stadtvorstand anbetrifft, dürfte sich die Sache, so schreibt die Keutlinger Kreiszeitung, wohl so entwickeln: Verhalten sich die betreffenden Gemeinderäte weiterhin ablehnend bzw. erscheinen sie nicht in den Sitzungen, zu denen sie geladen sind, werden sie zuerst einen Verweis erhalten, dem dann die Ordnungsstrafen folgen können; verhalten sie sich weiter resistent, kommt schließlich die Amtsenthebung in Betracht. Es ist anzunehmen, daß man an zuständiger Stelle vorerst nicht an eine Vorverlegung der Gemeinderatswahl denkt; es würde vielmehr, wenn auch die auf Grund des betreffenden Wahlzettels nachfolgenden Stadträte den Dienst verweigern würden, ein Stadtkommissar bis zum Schluß der Wahlperiode auf 31. Dezember 1931 an die Stelle des gegenwärtigen beschlußunfähigen Gemeinderats treten, sodas bis dahin die Verwaltungsgeschäfte einerseits vom Stadtkommissar, andererseits vom Stadtvorstand weitergeführt würden. Die Kosten dieses Stadtkommissariats gingen natürlich zu Lasten der Stadt.

Zum Rathauskonflikt

Keutlingen, 9. Juni. Den Standpunkt, den die sozialdemokratische Rathausfraktion in dem Konflikt mit dem Oberbürgermeister einnimmt, vertritt die „Schwäb. Tagw.“ mit folgenden Feststellungen: 1. Die Stadträte unterteilen nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung wohl der Disziplinargewalt des Ortsvorstehers. Aber ihr Amt ist ein Ehrenamt, und schon allein dieses Wort besagt, daß sie berechtigt sein müssen, Angriffe auf ihre Ehre abzuwehren, auch wenn sie von dem ihnen vorgesetzten Ortsvorsteher ausgehen. 2. Die Mitverantwortlichkeit des Stadtvorstandes für die aus dem Hinterhalt der Anonymität gegen die Stadträte gerichteten verächtlichen Angriffe steht heute schon unzweifelhaft fest, und zwar auf Grund von Erklärungen, die er selbst verschiedenen Personen gegenüber abgegeben hat. 3. Diese Angriffe erfolgten zu einem Zeitpunkt, als alle Beteiligten der Meinung sein konnten, daß zwischen dem Stadtvorstand und den Stadträten eine Verständigung über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege gütlicher Aussprache herbeigeführt worden sei. Wenn trotzdem das anonyme Schriftstück noch erschien, so ist dadurch die völlige Unzuverlässigkeit der Erklärungen des Stadtvorstandes nachgewiesen, und die Weigerung der Stadträte, mit ihm weiter zusammenzuarbeiten, mußte sich zwangsläufig daraus ergeben. 4. Oberbürgermeister Dr. Daller hat persönlich am wenigsten Verzeihung, sich über das Verhalten der Stadträte zu erheben, da er das von ihnen angewendete Mittel der Dienstverweigerung aus einem so leicht geringfügigen Anlaß selbst schon dem Bezirksrat gegenüber angewandt hat. Er ist aus dessen Sitzungen einfach fortgegangen und erst wieder erschienen, als Landrat Kommerell aus Krankheitsgründen nicht mehr den Vorsitz führen konnte. Aus alledem ergibt sich, so fügt die „Schwäb. Tagw.“ hinzu, für die staatliche Aufsichtsbehörde die dringende Verpflichtung, die Unterbindung mit strengster Unparteilichkeit nach beiden Richtungen hin zu führen und auf eine Entscheidung hinzuwirken, die nicht nur formale Verhältnisse abhandelt, sondern die Stadtverwaltung von Keutlingen so rasch als möglich aus dem jetzigen Zustand der Unsicherheit heraushebt, in dem sie nicht durch die Schuld einer oder mehrerer Parteien, sondern einzig und allein durch die Unzuverlässigkeit und Sprunghaftigkeit des jetzigen Stadtvorstandes hineingeraten ist.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 9. Juni. (Schlachtlehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Schlachtvieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 28 Ochsen, 48 Bullen, 306 Jungbullen, 411 Rinder, 249 Kühe, 1217 Kälber, 1579 Schweine, 2 Schafe, 1 Flegel, unverkauft 20 Rinder. Erlös aus je 1 Tz. Lebendgewicht: Ochsen a 44-47 (letzter Markt -), b 40-42 (-), Bullen a 35-38 (unverändert), b 32-34 (ano.), c 30-31 (-), Rinder a 48-49 (47-50), b 42-48 (42-45), c 38-41 (-), Kühe a 30-35 (-), b 22-27 (-), c 18-22 (-), d 14-17 (-), Kälber b 61-67 (61-65), c 53-59 (50-59), d 46-51 (-), Schweine a letzte über 300 Pfund 47-48 (40-41), b vollständige von 240-300 Pfd. 48-49 (41-42), c von 200-240 Pfd. 48-50 (42-43), d von 160-200 Pfd. 46-47 (41-42), e fleischige von 120-160 Pfd. 43 bis 45 (39-40), Sauen 33-37 (-) Markt. Marktverlauf: Großvieh mäßig, Kälber ruhig, Schweine belebt.

Fürthheim, 8. Juni. (Schlachtlehmarkt.) Aufgetrieben waren 441 Tiere und zwar: 4 Ochsen, 5 Kühe, 45 Rinder, 17 Farcen, 27 Kälber, 343 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt; Ueberstand: 1 Stück Großvieh, 3 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 45-47, b 41-44; Farcen a 38, b und c 37-35; Kühe a 33, b und c 28-18; Rinder a 48-50, b 43-46; Kälber b 69-72, c 63-68; Schweine b 47-49, c 47-49, d 46-48.

Die Preise gelten für nächsten gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab: Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Friedrichshafen, 9. Juni. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat als letzte Instanz die von Rotkrone gegen das Urteil des Landesgerichts Ravensburg eingelegte Berufung in dem Patentreit mit Dornier verworfen. Das Urteil lautete feinerzeit auf Abweisung aller Anträge Rotkrone, wobei ihm auch die gesamten Kosten des Verfahrens auferlegt wurden.

Frankfurt a. O., 9. Juni. Aus dem Rittergut Wilkenhain im Kreis Soldin, das von der Landgesellschaft „Eigene Scholle“ besiedelt wird, werden zur Zeit umfangreiche Umbauten vorgenommen. Oekern wurden beim Abbruch eines Scheunengebäudes fünf Bauhandwerker von zusammenbrechendem Mauerwerk verdrückt. Drei wurden sofort getötet, einer, der Poller, verstarb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus Berlin.

Paris, 9. Juni. Bei den Bauarbeitern im Bahnhof von Tronville beschäftigte Arbeiter sind an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Einer von ihnen, ein Italiener, ist gestorben. Die Erkrankungen sollen auf den Genuss von vergifteten Lebensmitteln zurückzuführen sein. Es heißt, es sei nicht ausgeschlossen, daß ein Arbeiter aus Rache seinen Kameraden das Essen vergiftet habe.

Moskau, 8. Juni. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Peking sind am Freitag in Tibetschen vierzehn Kommunisten handrechtlich erschossen worden, weil sie verurteilt, mit den Truppenteilen der chinesischen Roten Armee, die zwischen Kilometer vor Tibetschen stehen, in Verbindung zu treten.

Die Stuttgarter Sozialdemokratie für Reichstagsaufruf.

Stuttgart, 9. Juni. Im Anschluß an einen Bericht vom Leipziger Parteitag nahm gestern eine harte besuchte Mitgliederversammlung der Stuttgarter Sozialdemokratie folgende Entschlüsse an: Die außerordentlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart nimmt mit Empörung von dem Inhalt der neuen Notverordnung Kenntnis. Sie richtet an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen, den sofortigen Parteitag zu veranlassen und für den Erlaß der i. Notverordnung durch ein gesetzgebendes Organ mit dem Ziel einer Politik der Stärkung der Wehrkraft und der Sicherung und Erhaltung der sozialen Leistungen zu kämpfen. Von der Durchsetzung dieser Forderungen wird das weitere Verhalten der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der Regierung abhängig sein.

Ein englisches Unterseeboot gesunken

London, 9. Juni. Wie die Admiralität mitteilt, ist das Unterseeboot „Poseidon“ in der Nähe von Weiballei (China) nach einem Zusammenstoß mit einem Handelsdampfer gesunken. Drei an der Unfallstelle eingetroffene Kriegsschiffe haben fünf Offiziere und 36 Matrosen gerettet. 18 Matrosen werden noch vermisst. Das gesunkene Unterseeboot wurde 1929 gebaut; es war 85 Meter lang und mit einem 10 Zentimetergeschütz und mit 8 Torpedorohren ausgerüstet.

Hinweise

Auf Veranlassung des Alldeutschen Verbandes wird am nächsten Samstag den 13. Juni, abends 8.15 Uhr, im „Garten der Sonne“ in Neuenbürg Herr Dipl.-Ing. Reiter, Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, über das Thema sprechen: „Kommen wir noch über den nächsten Winter?“ Unsere Lage ist, empfindet jeder am eigenen Leib; die Landwirtschaft, namentlich im Norden und Osten so gut wie in Grunde gerichtet, die Industrie so stark eingedampft, daß wir 1 1/2 Millionen Arbeitslose haben, die Gehälter im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden in gefährlicher Weise sinken, Steuern und Soziallasten stetig wachsend. Die Reichsregierung ist unter Ausschaltung des Reichstages auf dem Weg der Notverordnung der Lage zu begegnen. Die Reichsfront in scharfer Opposition. Während die Auffassungen der Parteien in der Dornschale stecken, will nun ein Vertreter des Alldeutschen Verbandes, der die Partei ist und sein will, uns die Ursachen der Not, die Stellung unserer Erfüllungspolitik und den Weg zeigen, der uns unserer Not herauszuführen soll und kann. Herr Reiter vertritt in volkstümlicher Sprache alle diese schwierigen Fragen zu behandeln. Deshalb können wir ohne Ueberzeugung nicht empfehlen, sich seine Ausführungen anzuhören. Es wird niemand ohne wertvolle Aufklärung nach Hause gehen.

Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen des
Karl Wacker, Hoteliers und Schindelfabrikanten
in Nebel,

ist am 8. Juni 1931, nachmittags 4 Uhr, das

Konturs-Verfahren

eröffnet worden. Konkursverwalter ist Arthur Braun, Treuhänder in Pforzheim, Hohenlaufenstr. 28. Konkursforderungen sind bis zum 30. Juni 1931 beim Amtsgericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, Bestellung eines Gläubigerausschusses und über die in §§ 132 und 134 KO. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Montag den 8. Juni 1931, nachmittags 3 1/2 Uhr,
vor dem Amtsgericht Neuenbürg.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. Juni 1931 Anzeige zu machen.

Den 9. Juni 1931.

Feldbrennch.

Bergebung von Bauarbeiten

Zu einem Wohnhaus und Oekonomie-Gebäude habe ich i. A. nach VOB. 26 zu vergeben:

Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Blechner-, Wasserleitungs-, Gipser-, Glaser-, Schreiner-, elektr. Licht-, Schmiede-, Schlosser-, Maler- und Tapezier-Arbeiten, Kunststein-, Kolladen-, Holz- und sonstige Material-Lieferungen.

Die Unterlagen liegen vom Mittwoch den 10. bis Mittwoch den 17. Juni 1931, jeweils nachmittags von 15-18 Uhr, zur Einsicht auf oder können von mir gegen Erstattung der Kosten bezogen werden.

Die Angebote sind mit berechneter Endsumme bis spätestens Donnerstag den 18. Juni, nachmittags 16 Uhr, verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, beim Unterzeichneten abzugeben.

Zuschlagsfrist: 3 Tage.

J. A.: Die Bauleitung:

Gottlob Kling, Architekt, Langenalb, Baden.

Herrenalb.

Wir sind am Donnerstag den 11. Juni in Herrenalb im Hotel „Waldhorn“ zwischen 12 und 3 Uhr zu sprechen.

Not.-Prakt. Heine & Madel, Ludwigsburg.

Pfingweiler, den 9. Juni 1931.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Elisabethe Dohs, Witwe,
geb. Hahn,

im Alter von nahezu 89 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Jakob Dohs,
Familie Gottlieb Dohs,
Familie Wilhelm Sack,
nebst Enkel und Urenkel.

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr.



Gesund und froh
Trinke täglich das gute Nährbier

MALBI

Brauerei Rob. Leicht Vaihingen a. F. - Stuttgart

Beamtungen

liefern wir sämtliche
Druckarbeiten
raschstens u. preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Neuenbürg.

Gartenbesitzer verwendet

„Nirvo-Pulver“

garantiert wirksam gegen Schnecken, Würmer, Erdflöhe, Kirschenlarven, Mehltau, Ungeziefer an Sträuchern. Erhältlich bei

Gottl. Craubner Witwo, Gartenbaubetrieb.

Neuenbürg.

1871er

werden zu einer Besprechung in die „Sonne“ am Sonntag mittag eingeladen.

Schlangen-Gurken

billig!

Extragroße

Stück **35** Pfg.

Neue gelbfleischige

Kartoffel

3 Pfund **48** Pfg.

Salatöl

offen

Liter **60** Pfg.

80 und **60** Pfg.

Erdnußöl

Liter **1⁰⁰**

„Herfieg“

der

Feinkost-Streichkäse

3 Schacht. **40** Pfg.

Edamer, 20% i/g.

Pfund **65** Pfg.

Edamer, 40% i/g.

Pfund **78** Pfg.

und 5 Proz. Rabatt!

Pfannkuch

H. M. „Rose“.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Wegen der Umbauarbeiten in der Wildbader Straße ist der

Steg

zwischen der Kriegerdenkmalsanlage und der Wildbader Straße bis auf weiteres für den Verkehr

gesperrt.

Ortspolizeibehörde:

Knodel.

Wasserschläuche

aus Hanf und Gummi in allen Preislagen.

Gollmer & Hummel,

G. m. b. H.,

Schlauchfabrik, Neuenbürg.

Möbel

auf 2 bis 4 Jahre Abzahlung ohne Aufschlag.

Sofort bestellen, auch wenn später lieferbar.

Chr. Mast, Möbel-Fabrik, Böisingen-Nagold.

Vertreter:

Robert Maler, Herrenalb-Rotensol.

